

Nr. 449D

17.03.2014

BOFAXE



Krim: Politik der starken Worte nicht im Interesse der Menschen

Autor / Nachfragen

Prof. Dr. Hans-Joachim Heintze
Institut für
Friedenssicherungsrecht
und Humanitäres
Völkerrecht

Nachfragen:
Hans-
Joachim.Heintze@rub.de

Webseite

<http://www.ifhv.de>

Fokus

Die **EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton** hat zu Beginn des Treffens der EU-Außenminister vom **"stärkstmöglichen Signal"** an Russland gesprochen: "Und das Signal ist, dass wir sicherstellen wollen, dass sie (die Russen) den Ernst der Lage erkennen."

Spiegel online vom 17.03.2014

Das Referendum hat ebenso wie die westlichen Sanktionsdrohungen zu einer weiteren Zuspitzung der Lage geführt. Beide Seiten haben sich in eine Sackgasse manövriert. Es wird von einem neuen Kalten Krieg gesprochen, der nicht mit den Mittel der UNO aufgehoben werden kann, da die Veto-Macht Russland jede Sanktionsresolution des Sicherheitsrates verhindern kann.

Man täte angesichts dessen gut daran, sich an die Mechanismen zu erinnern, die in der Zeit der Entspannungspolitik der 70er Jahre entwickelt wurden. Damals konnte man Grundfragen der europäischen Sicherheitspolitik wegen der offenen deutschen Frage nicht lösen. Es ging seinerzeit ebenfalls vor allem um die Grenzen in Europa. Entschieden wurde nach dem Bahr'schen Konzept „Wandel durch Annäherung“, um praktische Fragen zugunsten menschlicher Erleichterungen anzugehen. Mit der Schlussakte von Helsinki von 1975 wurde ein politischer Rahmen vereinbart, der letztlich zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes führte.

Auf der Grundlage dieses Dokuments wurden Schritt für Schritt menschliche Erleichterungen erreicht. Ein Feld waren auch die höchst umstrittenen Minderheitenrechte. Hier kam der Durchbruch 1990 mit dem Kopenhagener Dokument der KSZE, das in beispielhafter Weise demokratische Prinzipien mit den Rechten von Minderheiten verknüpfte. 1993 schuf die KSZE/OSZE mit dem Amt des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) auch einen Mechanismus zur Durchsetzung der Minderheitenrechte: Er war notwendig geworden, weil die Jugoslawienkriege seit 1991 und schwere Konflikte in den früher sozialistischen Staaten die gefährlichen Dimensionen des Nationalismus offenbarten. Wichtig sind die Prinzipien des HKNM auch heute: Er beobachtet die Lage und wendet sich, wenn er Gefahren der Zuspitzung ethnischer Konflikte erkennt, an die Regierungen und betroffenen Minderheiten. In vertraulichen Gesprächen mit den Vertretern beider Seiten diskutiert er mögliche Lösungen, ohne dass die Gespräche öffentlich gemacht werden. Damit können beide Seiten ihr Gesicht wahren und ohne den Druck der Medien agieren. So gelang es dem HKNM die gefährliche Lage in Estland zu Beginn der 90er Jahre abzuwenden, als das Gebiet um Narva einseitig einen Autonomiestatus ausgerufen hatte. Es gelang die Zuspitzung im Verhältnis Slowakei und Rumänien bezüglich der ungarischen Minderheit abzuwenden. Letztlich beruhte der Erfolg auf Vertrauensbildung und der frühestmöglichen Einbeziehung eines unparteiischen Dritten. Die Politik sollte sich dieses Instruments schnellstmöglich erinnern.

Verantwortung

Die BOFAXE werden vom Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum herausgegeben: IFHV, NA 02/33, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum, Tel.: +49 (0)234/32-27366, Fax: +49 (0)234/32-14208. Die BOFAXE werden vom Deutschen Roten Kreuz unterstützt. Bei Interesse am Bezug der Bofaxe wenden Sie sich bitte an: ifhv-publications@rub.de

Für den Inhalt ist der jeweilige Verfasser allein verantwortlich.